

## C 001: Leitantrag Gutes Leben (Stand 12.01.2018)

Laufende Nummer: 35

<b>Antragsteller/in:</b>	Bezirksvorstand
<b>Status:</b>	Empfehlung der ABK liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	C - Gutes Leben
<b>Antragsblock:</b>	Gutes Leben
<b>Herkunft:</b>	Bezirksvorstand
<b>Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen</b>	Zeile 1: Ergänzung Zeile 8 - 10: Ersetzung Zeile 19: Ergänzung Zeile 26: Ergänzung Zeile 29: Ergänzung Zeile 46: Ergänzung Zeile 54 - 55: Ersetzung Zeile 73 - 82: Ersetzung Zeile 83 - 91: Streichung Zeile 129: Ergänzung Zeile 209 - 211: Ersetzung Zeile 219: Ergänzung Zeile 261: Ergänzung

### Leitantrag Gutes Leben (Stand 12.01.2018)

Die Konferenz möge beschließen:

1 ~~Die Wirtschaftskraft Baden-Württembergs ist herausragend. Das Land ist in den~~

#### Gestalten statt verwalten, Teilhabe ermöglichen

2 Die Wirtschaftskraft Baden-Württembergs ist herausragend. Das Land ist in den  
3 vielfältigsten Bereichen an der Spitze zu finden. Die Zahl der Einwohner/-innen wächst  
4 jährlich um zehntausende Menschen, denen eine global vernetzte Industrie, ein innovativer  
5 Mittelstand und ein vielfältiger Dienstleistungssektor Arbeitsplätze bieten. Entsprechend  
6 hoch sind die Steuereinnahmen. Das Land sollte den Anspruch haben, das  
7 Wohlstandsversprechen für alle Menschen, die hier leben, einzulösen.

8 Die Landespolitik vergibt seit Jahren die Chance, alle Menschen in Baden-Württemberg an  
9 diesem Wohlstand teilhaben zu lassen. ~~Die Ideologie der „Schwarzen Null“ engt den~~  
10 ~~Gestaltungsanspruch stark ein. Auch wird der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft~~  
Angesichts einer guten bis sehr guten Einnahmesituation  
sollte sie den Anspruch haben, Baden-Württemberg eine Spitzenstellung unter den  
Bundesländern zu sichern. Dies kann nur mit einer modernen, gut ausgestatteten  
Infrastruktur, einer funktionierenden öffentlichen Daseinsvorsorge und einem  
leistungsfähigen öffentlichen Dienst gelingen.

11 In vielen Fragen ist der Gestaltungsspielraum längst keine Kür mehr, sondern absolut  
12 notwendig, um zukunftsfähig und wettbewerbsfähig zu bleiben. Das öffentliche Vermögen

13 verliert rasant an Wert. Die Infrastruktur genügt längst nicht mehr den Anforderungen an  
14 eine moderne Daseinsvorsorge. Wie kann sich Baden-Württemberg als Innovationsland  
15 bezeichnen, wenn es gleichzeitig einen Investitionsstau aufbaut, der bald nicht mehr  
16 einzuholen ist? Wenn zugelassen wird, dass Bildungskarrieren immer noch stark von der  
17 sozialen Herkunft abhängen? Untätigkeit fördert Ungleichheit und Armut. Rund 1,6 Millionen  
18 Menschen in Baden-Württemberg sind bereits jetzt von Armut betroffen, insbesondere  
19 ~~Erwerbslose und Alleinerziehende.~~  
Erwerbslose und Alleinerziehende.

### **Für eine gerechte Steuerpolitik**

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse darf nicht dazu führen, dass der „schlanke Staat“ propagiert wird und der politische Gestaltungsanspruch der „schwarzen Null“ geopfert wird.

Der DGB Baden-Württemberg macht sich gegenüber der Politik für eine Steuerpolitik stark, die hohe Einkommen und Vermögen stärker an der Finanzierung öffentlicher Investitionen beteiligt und mittlere und niedrige Einkommen entlastet: Neben der Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Wiedererhebung der Vermögensteuer ist hierfür eine Reform der Erbschaftsteuer, die das Betriebsvermögen nicht wie bisher weitgehend steuerfrei stellt, elementar. Ohne Arbeitsplätze im Mittelstand zu gefährden, könnte ihr Aufkommen mittelfristig verdoppelt werden. Der DGB hat zur Bundestagswahl ein Konzept für eine gerechte Steuerreform vorgelegt, dessen Umsetzung für Baden-Württemberg jährlich 5,7 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen bringen würde. Debatten über Steuergeschenke für Unternehmen und Wohlhabende sind unsinnig, solange der öffentliche Sektor unterfinanziert ist.

20 Baden-Württemberg braucht eine Politik, die die Gerechtigkeitslücken bei den  
21 Arbeitsverhältnissen, den Einkommen, im Bildungssektor und bei den Teilhabemöglichkeiten  
22 schließt. Eine ungerechte Gesellschaft schadet allen. Soziale Spannungen nehmen zu. Die  
23 Bereitschaft, solidarisch füreinander einzustehen, sinkt. Deshalb brauchen wir  
24 zukunfts feste Arbeitsplätze, die gute Arbeit mit auskömmlicher Bezahlung verbinden. Wir  
25 brauchen eine Daseinsvorsorge, die allen Bürger/-innen eine gleichberechtigte Teilhabe an  
26 ~~unserer Gesellschaft ermöglicht.~~

unserer Gesellschaft ermöglicht. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, gute, zukunfts feste Arbeitsplätze mit einer auskömmlichen Bezahlung sind eine wesentlich Voraussetzung, um Wohlstand zu sichern und soziale Gerechtigkeit durchzusetzen. Ein hohes Beschäftigungsniveau ist auch die Voraussetzung für eine gute Finanzausstattung der öffentlichen Hand und damit für eine gute Daseinsvorsorge für alle Bürger/-innen. Der DGB Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, Gerechtigkeitslücken zu schließen, ihren Gestaltungsanspruch wahrzunehmen und gleichwertige Lebensbedingungen für alle Menschen im Land zu schaffen. Die abhängig Beschäftigten und ihre Familien können sich keinen schlanken Staat leisten.

27 **Soziale Sicherung zukunfts fest machen**

28 **Eine bessere Rentenpolitik ist ein zentrales Anliegen des DGB**

29 ~~Eine wesentliche Ursache für die steigende Armut älterer Menschen in Baden-Württemberg ist~~

Die Qualität der Alterssicherung für die Beschäftigten hängt von zwei Faktoren ab: den Bedingungen während ihres Erwerbslebens und der Rentengesetzgebung. Gute Entgelte und die Möglichkeit, während des Erwerbslebens entsprechende Rentenansprüche zu erarbeiten, sind eine notwendige Voraussetzung für eine ausreichende Altersversorgung. Darüber hinaus müssen die gesetzlichen Renten hoch genug sein, um ein Leben in Würde zu ermöglichen. Dies ist Sache der Bundesregierung.

Eine wesentliche Ursache für die steigende Armut älterer Menschen in Baden-Württemberg ist das – von der Bundesregierung beschlossene - sinkende Rentenniveau. Die Altersrenten derjenigen Menschen, die bereits in Rente sind, sind deutlich höher als die Altersrenten derjenigen Menschen, die erstmals in den Rentenbezug wechseln. Bei den Männern betrug die Differenz im Jahr 2015 im Landesdurchschnitt pro Monat bereits etwa 50 Euro.

Ende des Jahres 2014 bezogen in Baden-Württemberg fast 50.000 Menschen über 65 Jahren Grundsicherungsleistungen. Binnen zehn Jahren hat sich ihre Zahl fast verdoppelt. Die stark steigende Zahl der Grundsicherungsempfänger/innen ist ein Zeichen für die abnehmende Leistungskraft der gesetzlichen Rentenversicherung.

Der DGB Baden-Württemberg soll daher seine Rentenkampagne fortsetzen und gegenüber der Politik auf Landes- und Bundesebene auf die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Kernforderungen dringen:

Das Niveau der gesetzlichen Rente muss auf dem derzeitigen Stand von 48 Prozent stabilisiert und im nächsten Schritt auf etwa 50 Prozent angehoben werden. Lange Beitragszeiten mit Niedriglohn müssen besser bewertet werden. Die Einnahmeseite der gesetzlichen Rentenversicherung soll gestärkt werden, indem auch Selbstständige einbezogen werden. Versicherungsfremde Leistungen wie die Mütterrente sollen voll aus Steuermitteln finanziert werden.

Jeder Fünfte scheidet inzwischen mit einer Erwerbsminderung vorzeitig aus dem Arbeitsleben aus. Von Jahr zu Jahr fallen die Erwerbsminderungsrenten für Neurentner/-innen niedriger aus. In Baden-Württemberg beträgt die durchschnittliche Erwerbsminderungsrente einer Frau 670 Euro und eines Mannes 775 Euro. Die Erwerbsminderungsrenten liegen damit bei den Männern genau auf dem Grundsicherungsniveau und bei den Frauen schon darunter. Der Abstand zwischen beitragsfinanzierter Sozialversicherung und steuerfinanzierter Grundsicherung ist damit nicht mehr gewahrt. Das Sozialversicherungsprinzip wird auf diese Weise untergraben. Das Niveau der Erwerbsminderungsrenten muss deswegen wieder steigen und zukünftig deutlich oberhalb der Grundsicherung liegen. Die Abschläge beim Wechsel in den Erwerbsminderungsrentenbezug müssen abgeschafft werden. Abschläge sind nur gerechtfertigt, wenn tatsächlich die Wahl besteht, früher in Rente zu gehen mit Abschlägen oder bis zur Regelaltersgrenze weiterzuarbeiten ohne Abschläge. Wer krankheitsbedingt erwerbsgemindert ist, hat aber gar keine Wahl.

#### 47 **Gesundheitspolitik gerecht gestalten**

Gegenüber der Politik und in der Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung soll sich der DGB Baden-Württemberg für die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung engagieren. Die Kosten im Gesundheitswesen werden steigen und drohen dann allein auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen zu werden. Die Arbeitgeber müssen wieder die Hälfte der Beitragszahlungen übernehmen. Mittelfristig muss die gesetzliche Krankenversicherung zu

53 einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in die auch Selbstständige und  
54 ~~Beamten/innen einbezogen werden. Auch Einkunftsarten wie Mieteinnahmen oder Aktiengewinne-~~  
55 ~~sollen dann zur Verbreiterung der Einnahmeseite genutzt werden.~~  
Beamten/innen einbezogen werden. Auch die Pflegeversicherung sollte zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden.

### Krankenhäuser ausreichend finanzieren

Für eine ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser im Land müsste die Koalition jährlich zwischen 600 und 650 Millionen Euro bereitstellen. Trotz Aufstockung der Mittel bleibt eine Lücke zwischen 150 und 200 Millionen Euro. Die Folge der Unterdeckung ist: Die Krankenhäuser zweckentfremden Mittel, die sie eigentlich von den Krankenkassen für den laufenden Betrieb bekommen, um Investitionen zu tätigen. Personalstellen werden in Baustellen umgewandelt. Das geht zulasten der Beschäftigten und letztlich auch zulasten der Patient/-innen.

Der DGB dringt seit Langem auf eine ausreichende Finanzausstattung der Krankenhäuser. Er unterstützt ver.di, eine gesetzliche Personalbemessung für die Beschäftigten in der Krankenpflege durchzusetzen. Eine solche Regelung wäre auch auf Landesebene möglich.

### 56 **Soziale Ungleichheit bekämpfen**

57 In den vergangenen Jahren hat das Armutsrisiko im wohlhabenden Baden-Württemberg  
58 zugenommen: 2016 lag es mit 11,9 Prozent zwar im bundesweiten Vergleich auf dem geringsten  
59 Wert, allerdings sind Erwerbslose mit 43,4 Prozent und Alleinerziehende mit 28,7 Prozent  
60 besonders gefährdet. Zudem breiten sich atypische Beschäftigungsformen wie Leiharbeit,  
61 Teilzeit, Minijobs und Werkverträge immer weiter aus. In Baden-Württemberg beträgt ihr  
62 Anteil rund 38 Prozent. Auch dies wirkt sich auf die Armutsgefährdungsquote aus: Während  
63 nur 3,2 Prozent der Normalbeschäftigten von Armut bedroht sind, liegt der Anteil der  
64 atypisch Beschäftigten bei 14,3 Prozent.

65 Der DGB Baden-Württemberg setzt der zunehmenden sozialen Ungleichheit und Verschlechterung  
66 der Qualität der Arbeit sein Leitbild der „guten Arbeit“ entgegen. Eine höhere  
67 Tarifbindung, das Zurückdrängen des Niedriglohnssektors sowie gesetzliche und tarifliche  
68 Mindestlöhne können das weitere Absinken der Einkommen und somit letztlich die Gefahr, in  
69 Armut zu geraten, verhindern. Die Landesregierung ist aufgefordert, sich mit der sozialen  
70 Lage im Südwesten intensiv zu befassen und den 2015 erstmals erstellten Armuts- und  
71 Reichtumsbericht in regelmäßigen Abständen zu aktualisieren. Hierbei soll der DGB  
72 miteinbezogen werden.

73 ~~Entscheidend für die individuelle Vermögensposition sind die schulische und berufliche~~  
74 ~~Bildung sowie die soziale Stellung. Selbstständige weisen im Durchschnitt das höchste~~  
75 ~~Vermögen, Arbeitslose das geringste Vermögen auf. In längere Arbeitslosigkeit geratene~~  
76 ~~Personen müssen aufgrund der Hartz-Reformen zunächst ihr Vermögen aufbrauchen, bevor sie~~  
77 ~~ALG-II erhalten.~~

78 ~~Eine schlechte Einkommenssituation führt zu sozialer Ausgrenzung. Die Teilhabe am~~  
79 ~~politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben bedeutet aber die Chance auf~~  
80 ~~Mitgestalten. Studien zeigen, dass einkommensschwache Menschen sich viel seltener in~~  
81 ~~gesellschaftlichen oder politischen Organisationen engagieren. Damit sind auch ihre~~

82 ~~Interessen nicht oder kaum vertreten.~~

Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Verbänden sollte die Landesregierung eine umfassende Strategie zur Armutsbekämpfung entwickeln. Hierzu gehört mehr Unterstützung für Alleinerziehende und kinderreiche Familien, etwa durch gebührenfreie Kinderbetreuung, bedarfsorientierte Betreuungszeit und eine soziale Wohnungspolitik. Darüber hinaus bietet die regionale Arbeitsmarktpolitik Ansätze zur Hilfe für Langzeitarbeitslose.

Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg unterstützt die Initiativen der Landesregierung zur Schaffung öffentlich geförderter Beschäftigung, damit Langzeitarbeitslosen mit mehreren Vermittlungshemmnissen wieder eine sinnvolle Teilhabe am Erwerbsleben eröffnet werden kann. Der DGB unterstützt auch den Ansatz, EU-Mittel gezielt in diesen Bereich zu lenken. Etwa 70.000 Langzeitarbeitslose im Land haben besonders große Probleme, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden. Oberste Priorität haben für die Gewerkschaften die Vermittlung in und die Qualifizierung für den regulären Arbeitsmarkt. Schwer vermittelbare Erwerbslose dürfen nicht vorschnell aufgegeben und in öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt werden. Baden-Württemberg hat für ihre erfolgreiche Qualifizierung und Vermittlung in gute, reguläre Arbeit vergleichsweise gute Voraussetzungen. Die mit Landes- und EU-Mitteln geförderten Beschäftigungsverhältnisse müssen voll sozialversicherungspflichtig sein. Eine Nichtteilnahme darf nicht mit sozialrechtlichen Sanktionen verbunden werden. Die gültigen Tarifverträge der DGB Gewerkschaften in den jeweiligen Branchen und Berufen müssen auch für dort angesiedelte öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse in vollem Umfang gelten. Die von DGB-Gewerkschaften vereinbarten Tarifniveaus dürfen nicht unterboten werden. Die mit öffentlichen Mitteln geförderten Beschäftigungsverhältnisse dürfen reguläre Beschäftigungsverhältnisse nicht verdrängen. Deshalb müssen mit öffentlichen Mitteln geförderte Beschäftigungsverhältnisse zusätzlich und gemeinnützig sein. Öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse bei privaten Arbeitgebern - wie in Baden-Württemberg in der Vergangenheit im Rahmen des „Passiv-Aktiv-Tauschs“ praktiziert - müssen stets kritisch darauf überprüft werden, ob sie Wettbewerbsverzerrungen hervorrufen. Arbeitgeber, wie beispielsweise Handwerksbetriebe, die im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung hohe Lohnsubventionen für ihre Beschäftigten erhalten, können beispielsweise in kommunalen Vergabeverfahren und am Markt deutlich günstigere Angebote unterbreiten als jene Arbeitgeber, die ihre Arbeitskosten selber erwirtschaften und sich dabei an Tarifverträge halten. Es besteht immer die Gefahr von "Mitnahmeeffekten", die verhindert werden müssen.

~~83 Der DGB Baden-Württemberg macht sich gegenüber der Politik für eine **Steuerpolitik** stark,  
84 die hohe Einkommen und Vermögen stärker an der Finanzierung öffentlicher Investitionen  
85 beteiligt und mittlere und niedrige Einkommen entlastet: Neben der Erhöhung des  
86 Spitzensteuersatzes und der Wiedererhebung der Vermögensteuer ist hierfür eine Reform der  
87 Erbschaftsteuer, die das Betriebsvermögen nicht wie bisher weitgehend steuerfrei stellt,  
88 elementar. Ohne Arbeitsplätze im Mittelstand zu gefährden, könnte ihr Aufkommen  
89 mittelfristig verdoppelt werden. Der DGB hat zur Bundestagswahl ein Konzept für eine  
90 gerechte Steuerreform vorgelegt, dessen Umsetzung für Baden-Württemberg jährlich 5,7-  
91 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen bringen würde.~~

92 **Für ein handlungsfähiges Baden-Württemberg**

93 Der Staat hat die Aufgabe, seine Bürgerinnen und Bürger mit wesentlichen Dienstleistungen  
94 zu versorgen: von der Abfallentsorgung, über Kindergärten, Schulen und Hochschulen bis zur  
95 Versorgung mit Wasser, Energie und Verkehrsinfrastruktur zählen unterschiedlichste  
96 Bereiche zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Für den DGB Baden-Württemberg ist ein „  
97 **handlungsfähiger Staat**“ in der Lage, seinen Bürgerinnen und Bürgern diese Dienstleistungen  
98 zur Verfügung zu stellen und so zu finanzieren, dass sie von allen in Anspruch genommen  
99 werden können und niemand aufgrund seiner sozialen Lage ausgeschlossen wird.

#### 100 **Mehr Investitionen in eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge**

101 Die Handlungsfähigkeit des Landes und vor allem der Kommunen wird durch die seit  
102 Jahrzehnten andauernde Sparpolitik (Austerität) immer weiter untergraben: Um die Aufgaben  
103 einer leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen zu können,  
104 braucht Baden-Württemberg mehr öffentliche Investitionen in Wohnungsbau, Krankenhäuser,  
105 öffentlichen Nah- und Regionalverkehr, Brücken und Straßen, Schulen und öffentliche  
106 Gebäude. Im Zuge der Austeritätspolitik sind die Investitionen des Landes und der Kommunen  
107 im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung seit Beginn der neunziger Jahre aber zurückgegangen  
108 und blieben deutlich hinter der Entwicklung der steigenden Steuereinnahmen zurück. Damit  
109 zog sich der Staat immer weiter aus der öffentlichen Daseinsvorsorge zurück. Dieser  
110 „schlanke Staat“ ist das Gegenbild zum Leitbild des „handlungsfähigen Staates“ des DGB.  
111 Denn die abhängig Beschäftigten und ihre Familien können sich keinen schwachen Staat  
112 leisten.

113 Öffentliche Investitionen stärken ebenso die Infrastruktur, Handwerk und Mittelstand und  
114 regionale Wirtschaftskreisläufe, sie sichern die Zukunftsfähigkeit des  
115 Wirtschaftsstandorts und tragen zu mehr Wachstum und Beschäftigung bei. Mehr sozialen  
116 Zusammenhalt gibt es nur mit stärkeren öffentlichen Investitionen. Baden-Württemberg darf  
117 sich gegenüber dem Bund mit Schuldenbremse und Fiskalpakt nicht abfinden, sondern soll  
118 sich für die Ausnahme von Investitionen aus der Schuldenbremse („**goldene Regel**“)  
119 einsetzen. Gerade in Zeiten niedrigster Zinsen bzw. Nullzinsen darf auch eine Finanzierung  
120 von öffentlichen Investitionen über Kreditaufnahmen kein politisches Tabu sein.

121 Unterlassene öffentliche Investitionen in der Gegenwart potenzieren sich in der Zukunft  
122 als ungleich höhere Folgekosten, beispielsweise wegen Ghettobildung, Bildungsmängeln und  
123 Kriminalität, und sie schädigen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts:  
124 **Nachhaltig** ist, heute in die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu  
125 investieren anstatt morgen mit weit höheren Kosten zu reparieren.

126 Neben den Investitionen braucht es aus Sicht des DGB Baden-Württemberg für einen  
127 handlungsfähigen Staat eine ausreichende Ausstattung an qualifiziertem Personal und  
128 Arbeitsbedingungen im Bereich des öffentlichen Diensts, welche die Interessen von  
129 Arbeitgeber/-innen und Beschäftigten berücksichtigen. Das Land sollte für eine den  
Aufgaben entsprechende Personalausstattung sorgen und den Fachkräftemangel im öffentlichen  
Dienst entschieden beseitigen. Dies gilt für die Polizei genauso wie etwa für die  
Bauverwaltung und die Schulen. Der öffentliche Dienst muss durch eine angemessene und  
konkurrenzfähige Vergütungsstruktur attraktiv gehalten werden. Denn die Realität sieht oftmals ganz  
130 anders aus. Trotz immer mehr Ausgaben, die dem öffentlichen Dienst übertragen werden,  
131 fehlt es an Personal. Immer mehr Beschäftigte fühlen sich durch viele gleichzeitig zu

132 erledigende Aufgaben gehetzt, und die Krankenstände befinden sich seit Jahren auf einem  
133 bedenklich hohen Niveau. Der DGB Baden-Württemberg wird sich dafür einsetzen, dass  
134 Verbesserungen für die Beschäftigten herbeigeführt werden. Denn Arbeiten im öffentlichen  
135 Dienst darf nicht krank machen, die Arbeitszeit muss im gemeinsamen Interesse von  
136 Arbeitgeber und Beschäftigten gestaltet werden. Die Mitbestimmungsrechte müssen weiter  
137 gestärkt werden, damit die Beschäftigten und ihre Personalräte wirksam auf die  
138 Arbeitsgestaltung Einfluss nehmen können. Der beschleunigte Wandel der Arbeitswelt  
139 erfordert vermehrte bedarfsgerechte Anstrengungen der Aus-, Fort- und Weiterbildung.  
140 Zusätzlich muss mit Blick auf die Altersstruktur im öffentlichen Dienst die Gewinnung von  
141 qualifiziertem Personal ebenfalls mehr in den Fokus der Dienstherren rücken. Nur so lassen  
142 sich die Herausforderungen der Zukunft auch gut und sicher bewältigen und die  
143 Arbeitsfähigkeit des öffentlichen Diensts langfristig sicherstellen.

#### 144 **Ausgaben für sozialen Wohnungsbau erhöhen**

145 Vielerorts in Baden-Württemberg fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Insbesondere in den  
146 Ballungszentren ist es extrem schwierig, günstigen Wohnraum zu finden. Diese Entwicklung  
147 war durchaus vorauszusehen. Im Jahr 2015 betrug der Nettozuzug nach Baden-Württemberg ca.  
148 150.000 Menschen. In der Annahme, dass durchschnittlich zwei Personen einen Haushalt  
149 bilden, bedeutet dies einen rechnerischen Bedarf von 75.000 Wohneinheiten pro Jahr.  
150 Tatsächlich gebaut wurden in Baden-Württemberg jedoch nur 33.000 Wohneinheiten.

151 Noch dramatischer sieht es bei Sozialmietwohnungen für einkommensschwache Haushalte aus.  
152 Nicht nur, dass deutlich weniger Sozialwohnungen gebauten wurden als benötigt. Hinzu  
153 kommt, dass immer mehr Wohnungen aus der Preisbindung fallen und der Bestand an  
154 Sozialwohnungen deshalb sinkt. In den vergangenen Jahren lagen die Investitionen des  
155 Landes in den sozialen Wohnungsbau bei durchschnittlich nur 25 Millionen Euro jährlich.  
156 Der Mieterbund schätzt, dass derzeit 16.000 neue Sozialmietwohnungen pro Jahr nötig wären.  
157 Dies bedürfe einer Investition von 720 Millionen Euro im Jahr. Diese Diskrepanz ist für  
158 den DGB nicht hinnehmbar.

159 Die aktuellen Diskussionen darüber, wie mehr und schneller Wohnraum geschaffen werden  
160 kann, sind für den DGB Baden-Württemberg weder ausreichend noch zielführend. Im  
161 Wesentlichen geht es dabei um verbesserte Abschreibungen für Investoren und  
162 einkommensstärkere Bevölkerungsschichten, schnellere Bereitstellung von Bauland und  
163 beschleunigte Bauverfahren, teilweise einfachere Baufertigstellungen. Doch gerade in  
164 Ballungszentren müssen selbst Facharbeiter/-innen oftmals mehr als die Hälfte des  
165 Haushaltseinkommens für die Miete aufwenden. Mittlere und untere Einkommen stehen in der  
166 aktuellen Diskussion nicht im Fokus. Dies ist für den DGB Baden-Württemberg mehr als  
167 problematisch, denn gerade für diese Zielgruppen benötigt unser Land eine breit angelegte  
168 und zielgerichtete Wohnungsbaupolitik, bei der staatliche Förderung und Steuerung eine  
169 entscheidende Rolle spielen.

170 Der DGB Baden-Württemberg wird sich daher gegenüber Bund, Land und Kommunen für eine  
171 solche zielgerichtete Wohnungsbaupolitik und für deutlich höhere Wohnungsbauinvestitionen  
172 einsetzen und dieses Thema in den kommenden Jahren zu einem seiner Arbeitsschwerpunkte  
173 machen.

#### 174 **Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken**

175 Baden-Württemberg ist ein Land der Vielfalt. Hier leben und arbeiten Menschen aus der  
176 ganzen Welt und tragen zu einem guten Leben für alle bei. Der DGB setzt sich dafür ein,  
177 den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Ausgrenzung entgegenzuwirken. Dies gilt  
178 für alle gesellschaftlichen Gruppen, Jung und Alt, Reich und Arm, Menschen mit  
179 Migrationshintergrund, die hier geboren sind genauso wie für erst in jüngerer Zeit  
180 Zugewanderte.

181 Der DGB wendet sich entschieden gegen rechte Hetze und gegen jede Form der Gewalt. Der DGB  
182 lehnt Stimmungsmache gegen Geflüchtete ab und setzt sich für die Rechte der Menschen ein,  
183 die in ihrer Heimat alles verloren haben. Sie müssen eine Chance auf rechtsstaatliche  
184 Behandlung bekommen.

### 185 **Integration von Geflüchteten in unsere Gesellschaft**

186 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen Deutschland als Einwanderungsland und  
187 setzen sich für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen - unabhängig von der  
188 sozialen und ethnischen Herkunft, von Kultur und Religion - ein. Chancengleichheit und  
189 Gleichbehandlung in Bildung und Ausbildung, bei Beschäftigung und sozialer Absicherung,  
190 gesellschaftliche und politische Partizipation sind Voraussetzungen für eine vielfältige  
191 und demokratische Gesellschaft.

192 Die Zuwanderung vieler Geflüchteter seit 2014 erfordert große Anstrengungen an das  
193 politische und gesellschaftliche Handeln, wenn die Integration dieser Menschen in unsere  
194 Gesellschaft gelingen soll. Der DGB fordert klare allgemeingültige Regelungen für eine  
195 gelingende Integration der Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit und einen Stopp der  
196 gängigen willkürlichen Auslegungspraxis.

197 Der DGB fordert eine großzügige Anwendung der Ausbildungsduldung, klare Regelungen bei  
198 schulischen Ausbildungsgängen und einen der betrieblichen Realität entsprechenden Umgang  
199 mit frühzeitigen Vertragsunterzeichnungen.

200 Der DGB fordert die Politik auf, in engem Austausch mit den haupt- und ehrenamtlichen  
201 Helfer/-innen und dem Flüchtlingsrat Lösungen zum Wohle der Betroffenen zu finden. Die  
202 Sozialpartner unterstützen mit ihrer Expertise in Bündnissen und Netzwerken.

### 203 **Klare Kante gegen Rechtspopulismus**

204 Seit der Finanzkrise und verstärkt durch den Zustrom von Geflüchteten nach Deutschland  
205 erleben rechtspopulistische Argumente und Parteien einen starken Aufschwung. Dabei wollen  
206 die Rechtspopulist/-innen, insbesondere die der Partei „Alternative für Deutschland“,  
207 gerne als die angeblichen Vertreter/innen der „kleinen Leute“ überkommen. Doch ein Blick  
208 auf ihre Aussagen und Programme zeigen, dass sie eben dies nicht sind. Sie setzen auf  
209 Sozialabbau, auf Steuersenkungen für Reiche sowie auf und eine Familienpolitik, die Wünsche  
210 von Eltern nach Vereinbarkeit außen vor lässt und Migrant/-innen ausschließt. Rassismus und Nationalismus-~~Sie~~  
schüren damit Angst und Hetze und werden unverfroren als konservative Positionen in die  
öffentlichen Debatten eingebracht. Nationalismus, Ausgrenzung und Herabsetzung von  
Minderheiten stehen in eindeutigem Gegensatz zur gewerkschaftlichen Grundhaltung.

212 Der DGB stellt der rechtspopulistischen Politik der Ausgrenzung die gewerkschaftlichen  
213 Werte von Zusammenhalt und Solidarität entgegen.



214 Der DGB setzt sich mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten der  
215 Rechtspopulist/-innen auseinander, informiert, leistet Aufklärung und wird bei Bedarf vor  
216 Ort aktiv. Der DGB bietet Rechtspopulist/-innen zudem bei eigenen Veranstaltungen keine  
217 Plattform und nutzt Veranstaltungen Dritter gegebenenfalls zur kritischen  
218 Auseinandersetzung.

219 Der DGB steht für eine sozial-integrative Gesellschaft, für Humanität und für Solidarität  
mit Schwächeren. Kulturelle Vielfalt tut unserer Gesellschaft gut. Dort, wo sich  
Spannungsfelder auftun, wo Grenzen verletzt werden und wo Kriminalität im Spiel ist,  
bezieht der DGB klar Position. Konstitutiv ist die Gültigkeit der allgemeinen Erklärung  
der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Der Integrationsprozess fordert von allen Beteiligten viel ab. Er kann nur gelingen, wenn  
sich alle Beteiligten bemühen, eine gemeinsame Basis zu finden. Erfolgreiche Integration  
bedeutet, dass Migrant/-innen die deutsche Sprache beherrschen, Arbeit gefunden haben und  
hier auch sozial heimisch geworden sind. Deshalb ist es essenziell, dass es ausreichend  
Integrationskurse gibt, die auch besucht werden.

Der DGB bietet mit seinen ehrenamtlichen Strukturen Hilfestellung für Geflüchtete an. Er  
erwartet, dass auch die Arbeitgeber einen substanziellen Beitrag zur Integration leisten.

### **Für ein soziales und demokratisches Europa**

220 Die Unterstützung für den europäischen Integrationsprozess schwindet. Mittlerweile sehen  
221 die Bürger/-innen in der Europäischen Union (EU) zunehmend eine Bedrohung ihrer sozialen  
222 und demokratischen Rechte und wenden sich verstärkt europafeindlichen Parteien und  
223 Bewegungen zu.

224 Das bisherige Euro-Krisenmanagement hat die soziale Schieflage in Europa verschärft. In  
225 Not geratene EU-Mitgliedstaaten werden zu einem Sparkurs gezwungen, der die Beschäftigten  
226 hart trifft und damit die soziale Spaltung beschleunigt. Die Abwärtsspirale aus sinkenden  
227 Löhnen, Rentenkürzungen, steigender Arbeitslosigkeit und weniger Steuereinnahmen würgt in  
228 den betroffenen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung ab. Die Zukunft Europas wird  
229 kaputtgespart.

230 Nur durch eine nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen  
231 sowie eine Stärkung demokratischer Prozesse in der EU wird es gelingen, das Vertrauen in  
232 die EU zu stärken. Der DGB will ein soziales und demokratisches Europa. Die Gewerkschaften  
233 erwarten, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die Menschen und nicht die  
234 Märkte in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt, den sozialen Zusammenhalt fördern und  
235 zugleich die Globalisierung gerecht gestalten. Europa braucht verbindliche  
236 Mindeststandards, um faire Löhne und Einkommen zu sichern. Arbeitnehmerrechte,  
237 Mitbestimmung und angemessene soziale Absicherung der großen Lebensrisiken gehören  
238 unverzichtbar zu einem sozialen Europa.

239 Die Ankündigung von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Europa sozialer zu  
240 gestalten, hat große Hoffnungen geweckt. Der Ende April 2017 präsentierte Vorschlag der  
241 „Europäischen Säule sozialer Rechte“ (ESSR) enthält jedoch nur 20 unverbindliche  
242 Grundsätze. Darüber hinaus löst die ESSR nicht den Kern des Problems: Es geht nicht  
243 beziehungsweise nicht nur um einen mangelhaften Sozialschutz in den einzelnen EU-

244 Mitgliedstaaten, sondern vor allem um die Verletzung bereits bestehender sozialer Rechte  
245 durch europäische Politik und Verfahren. In den vergangenen Jahren hat der Europäische  
246 Gerichtshof (EuGH) in seinen Urteilen immer wieder die Marktfreiheit über die sozialen  
247 Grundrechte gestellt. Auch waren es europäische Organe, welche die sogenannten Troika-  
248 Staaten dazu gezwungen haben, Sozialleistungen und Renten zu kürzen, Löhne zu senken und  
249 somit die Tarifautonomie auszuhebeln.

250 Der DGB dringt auf eine wirtschafts-, sozial- und rechtspolitische Neuausrichtung, die  
251 selbstverständlich auch die nationalen sozialen Sicherungs- und Tarifvertragssysteme  
252 achtet. Deutschland als größter EU-Mitgliedstaat trägt bei dem dafür einzuleitenden  
253 Kurswechsel eine besondere Verantwortung. Der DGB fordert - auch im Hinblick auf die  
254 Europa-Wahlen 2019 - eine breit angelegte Debatte über die Voraussetzungen für ein  
255 soziales Europa, die in konkrete Projekte münden muss, mit denen die Lebens- und  
256 Arbeitsbedingungen der Menschen in Europa verbessert werden.

257 Der DGB Baden-Württemberg versteht sich als Teil der Friedensbewegung. Seine Leitlinie ist  
258 , dass Menschen weltweit in Frieden, Demokratie, Freiheit, Menschenwürde und sozialer  
259 Sicherheit leben können. Die Ursachen von Konflikten und Kriegen gilt es, mit zivilen  
260 Mitteln zu beseitigen – Gewalt kann nicht mit Gewalt eingedämmt werden.

261 -

### **Für Frieden und Abrüstung - gegen eine Erhöhung der Rüstungsausgaben**

Der DGB spricht sich deutlich gegen die weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben und das  
Zwei-Prozent-Ziel der NATO aus. Im Gegenteil: die Ausgaben für Rüstung und Militär müssen  
weltweit gesenkt werden. Investitionen in soziale und ökologische Aufgaben, etwa in  
Bildung und Umweltschutz, müssen gestärkt werden. Außenpolitisch soll sich Deutschland für  
mehr Krisenprävention und die Bekämpfung von Fluchtursachen einsetzen. Rüstungsexporte in  
Krisengebiete müssen verboten werden und Unterstützung von Kriegen und kriegsähnlichen  
Handlungen sind zu unterlassen. Die Bundeswehr muss aus allen Kampfeinsätzen abgezogen  
werden, die nicht durch ein UN-Mandat legitimiert sind. Eine Ausrichtung der Bundeswehr  
auf eine international operierende Interventionsarmee lehnt der DGB Baden-Württemberg ab.  
Er fordert die sofortige Beendigung aller militärischen Forschung an staatlichen  
Hochschulen.

Der DGB fordert das Land Baden-Württemberg und insbesondere das Kultusministerium auf,  
bestehende Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kündigen.

Projekte zur Rüstungskonversion sollen gemeinsam mit den Beschäftigten und Ihren  
Interessenvertretungen entwickelt werden und sind industriepolitisch aktiv zu flankieren –  
langfristig muss eine vollständige Umstellung auf zivile, gesellschaftlich nützliche  
Produkte gelingen.

262